Reimer Kay Holander
Die „Niebüller Erklärung" der SPD Nordfriesland

Am 24. Januar 1982 verabschiedete die SPD Nordfriesland auf einem Außerordentlichen Kreisparteitag in Niebüll die „Niebüller Erklärung", in der sie ihre Auffassung von der Stellung der Friesen in Nordfriesland formuliert hat. Sie hat damit ein Dokument sozialdemokratischen Geistes in die Politik eingeführt, das, so konsequent es diesem Geist entspricht, doch allen traditionellen Denkkategorien sozialdemokratischer Programmatik zu widersprechen scheint.

Die Haltung der deutschen Sozialdemokraten zur Frage der nationalen Minderheiten

Seit ihren Anfängen und auf Jahrzehnte hinaus ist die Haltung der deutschen Sozialdemokraten zur nationalen Frage bestimmt durch die Vorstellung eines *„zentralisierten deutschen Volksstaates"*, der jedoch auch nur der *„Anfang des solidarischen europäischen Staates"* sein sollte. So ist es schon im Leipziger Programm-Entwurf des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von 1866[1] zu lesen.

„In Erwägung, . . . daß die Emanzipation der Arbeiter weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein soziales Problem . . . ist, welches alle Länder umfaßt, in denen es moderne Gesellschaft gibt,"

beschließt zwei Jahre später der fünfte deutsche Arbeitervereinstag in Nürnberg

„seinen Anschluß an Bestrebungen des Internationalen Arbeiterassoziation".

Mit diesen Aussagen wird die Grundhaltung klar bezeichnet: Bezugsgröße als Nahziel ist der kleindeutsche Nationalstaat, wie er sich in jenen Jahren schon konkret abzeichnete – das alte Reich war tot, Österreich vom Deutschen Bund abgetrennt, und dieser selber in kurzer Zeit durch das „zweite Reich" Bismarcks ersetzt. Fernziel aber nach der Einheit des deutschen Volkes ist die Einheit aller Völker Europas.

Gleiche politische Rechte und Freiheiten ohne Ansehen *„des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession"* postuliert das Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869. Ähnlich steht es im Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1891; hier wird hinzugefügt, daß die SPD *„jede Art der Ausbeutung und Unterdrükkung (bekämpft), richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse"*. Auf dem Heidelberger Parteitag 1925 wird dieser Aufzählung noch der Passus *„gegen ein Volk"* vorangestellt – ist damit das deutsche Volk nach „Versailles" gemeint?

Aber auch solche Formulierung, wie immer sie gemeint war, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei der Konzipierung aller dieser Programme nie an ein Kollektivrecht für bestimmte Gruppen gedacht ist, sondern immer nur an Individualrechte, Rechte für den Einzelnen, die diesem nicht wegen, sondern im Gegenteil ungeachtet seiner besonderen Gruppenzugehörigkeit zustehen. Insbesondere deutet nichts darauf hin, daß die deutschen Sozialdemokraten die Existenz von Millionen Menschen mit nichtdeutscher Muttersprache innerhalb der Reichsgrenzen, also deutscher Staatsbürger mit nichtdeutscher Volks-

Schleswig-Holstein heute

[1] Hierzu und zum folgenden vgl. „Programme der deutschen Sozialdemokratie". Hrsg. Bundessekretariat der Jungsozialisten. Hannover 1963.

zugehörigkeit, als ein politisches Problem zur Kenntnis genommen hätten – allenfalls noch die der Außengruppen[2] wie Dänen, Franzosen, Litauer oder Polen, die unter Umständen außenpolitische Komplikationen haben könnte, aber gewiß nicht die der Eigengruppen, d. h. der Friesen, Kaschuben und Sorben, bei denen derartige Schwierigkeiten nicht zu gewärtigen waren. In diesem Punkt unterscheidet sich die Haltung der deutschen Sozialdemokraten trotz der stets betonten Internationalität und der Ablehnung aller chauvinistischen Tendenzen weder im Kaiserreich noch in der ersten Republik von der Auffassung anderer deutscher Parteien.

Auch als in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg die Probleme und Rechte nationaler Minderheiten ein wesentliches Thema der internationalen politischen Diskussion in Europa werden und eine nordfriesische Minderheit in Schleswig-Holstein erstmals sich als solche artikuliert, ist die Haltung sowohl der Reichsregierung als auch der preußischen Regierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun grundsätzlich ablehnend. Einige Zugeständnisse auf dem Gebiet der friesischen Sprachpflege in den Schulen werden eingestandenermaßen aus rein taktischen Erwägungen gemacht.[3]

Noch nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich an dieser grundsätzlichen Einstellung bzw. an der Verkennung oder Nicht-Anerkennung des Problems als solchem nicht viel geändert. Zwar sichert die Erklärung der Sozialistischen Internationale (Frankfurt am Main 1951), die auch die SPD sich zueigen macht, nicht nur *„Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz ohne Rücksicht auf Geburt, Geschlecht, Glauben, Sprache oder Rasse"* zu, sondern auch *„den Gruppen mit eigener Sprache das Recht auf kulturelle Autonomie"*. Aber weder das Aktionsprogramm der SPD (Dortmund 1952/Berlin 1954), noch ihr Grundsatzprogramm (Godesberg 1959) nehmen darauf Bezug. Die Existenz eines friesischen Bevölkerungsteils mit eigener Muttersprache in Schleswig-Holstein und Niedersachsen (Saterland) bleibt den Verfassern dieser Programme unbekannt oder wird von ihnen nicht beachtet.

Hingegen hatte die sozialdemokratische schleswig-holsteinische Landesregierung (Kabinett Diekmann) schon in der „Kieler Erklärung" vom 26. September 1949[4], mit der der dänischen Minderheit im Lande bestimmte Rechte zugesagt bzw. bestätigt werden, im Abschnitt IV. ausdrücklich erklärt: *„Die hier aufgestellten Grundsätze gelten sinngemäß auch für die friesische Bevölkerung in Schleswig-Holstein."* Die Landesregierung hat damit, das ist das bemerkenswert Neue, als erste Regierung in einem politischen Zusammenhang auf die Existenz der Friesen positiv Bezug genommen, auch wenn irgendwelche praktischen Folgen sich daraus nicht ergaben.

Mit den Bonn-Kopenhagener Minderheiten-Erklärungen vom 29. März 1955 war die „Kieler Erklärung" nach Ansicht der Landesregierung „überholt"; durch Beschluß des Landtags am 13. September 1955 wurde sie als „gegenstandslos" aufgehoben. Damit ist allerdings auch die Friesen-Klausel fortgefallen, da die Erklärungen von 1955 sich nur auf die deutsche

[2] Zu den Begriffen „Außengruppe" und „Eigengruppe" vgl. Heinz Kloss, „Grundfragen der Ethnopolitik im 20. Jahrhundert", Wien/Stuttgart 1969, S. 62.

[3] Vgl. Thomas Steensen, „Die friesische Bewegung in Nordfriesland im 19. und 20. Jahrhundert". Neumünster 1986. S. 313 ff.

[4] Wortlaut in: „Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins", Teil III: Von 1920 bis zur staatlichen Neuordnung nach dem zweiten Weltkrieg. Hrsg. Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein e. V. und Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule. Kiel 1982, S. 244 ff.

Minderheit in Dänemark und die dänische Minderheit in der Bundesrepublik beziehen – und auch nur beziehen konnten.[5]

Zur Vorgeschichte der „Niebüller Erklärung"

Es ist wohl müßig, darüber zu reflektieren, ob die „Kieler Erklärung" der schleswig-holsteinischen Landesregierung das Ende oder den Anfang einer Entwicklung bezeichnet. Tatsache ist, daß die Minderheiten-Diskussion in Westeuropa seit jenen Tagen eine neue Qualität gewonnen hat. Sowohl der Europarat als auch das Europäische Parlament haben sich mit dieser Problematik befaßt und haben sich 1981 in abschließenden Erklärungen jeweils dazu geäußert[6], ohne daß das Thema damit erschöpft wäre. Allenthalben in den westeuropäischen Staaten ist die Lage der ethnischen Minderheiten deutlich besser geworden. Das gilt auch für die Nordfriesen. Insbesondere hat hier der seit den zwanziger Jahren andauernde Streit zwischen der Gruppe der „nationalen Friesen", die sich als nationale Minderheit verstehen, und dem auf die „Bohmstedter Richtlinien" von 1926 *(„Wir Nordfriesen sind deutsch gesinnt")* eingeschworenen Nordfriesischen Verein für Heimatkunde und Heimatliebe[7] einer differenzierteren Betrachtungsweise des Problems sowie gemeinsamen Aktivitäten und Initiativen zugunsten der Nordfriesen Platz gemacht. Vor diesem Hintergrund sind einige Aktivitäten nordfriesischer Sozialdemokraten seit 1979 zu sehen, die u. a. in die Verabschiedung der „Niebüller Erklärung" mündeten.[8]

Das auslösende Ereignis dazu war die Zusage von Bundeskanzler Helmut Schmidt zu einem Besuch bei den Nordfriesen, die er dem Vorsitzenden der „Foriining for nationale Friiske" im Dezember 1978 – anläßlich eines Besuches bei der dänischen Minderheit in Flensburg – gegeben hatte. Allerdings war diese Zusage in Unkenntnis der nordfriesischen Verhältnisse gemacht worden; weder die Existenz mehrerer nordfriesischer Gruppen, noch deren sehr unterschiedliche politische Position war dem Bundeskanzler zu diesem Zeitpunkt bekannt. Die Besuchszusage wurde denn auch sofort in Schleswig-Holstein kritisch kommentiert. Im Interesse sowohl der Nordfriesen als auch des Bundeskanzlers hat der Verfasser diesen in zwei Memoranden mit der nordfriesischen Problematik vertraut gemacht. So galt der Besuch, der am 23. August 1979 in der Gastwirtschaft Bongsiel stattfand, denn auch allen nordfriesischen Vereinen und Einrichtungen, die Gelegenheit hatten, ihre jeweiligen Positionen und Auffassungen darzulegen. Es war im übrigen der erste Besuch, den jemals ein deutscher Regierungschef den Nordfriesen abgestattet hat.

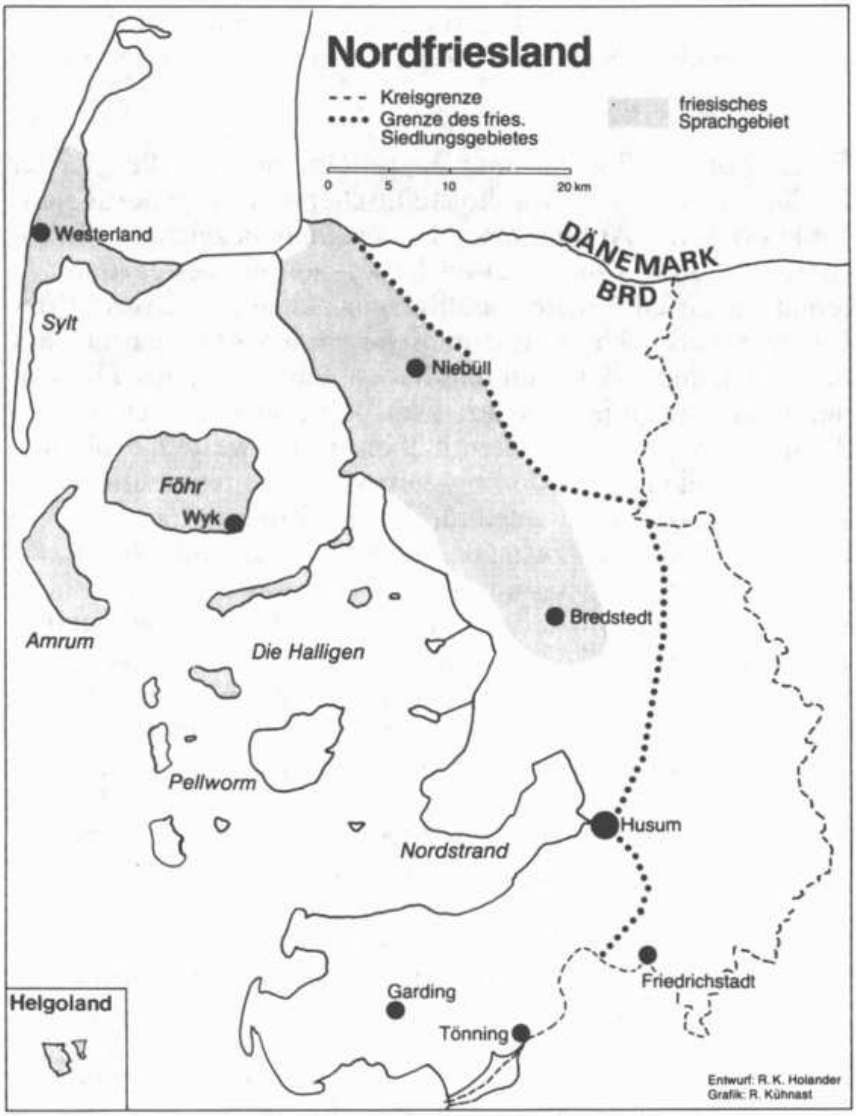
Dieses Ereignis hat den Verfasser veranlaßt, in einer Aktennotiz für seine Kollegen in der Kreistagsfraktion der SPD Nordfriesland einige Gedanken zur friesischen Politik und zur Politik der SPD in Nordfriesland vorzulegen. In der Folge fand sich, vorwiegend aus Mitgliedern der Fraktion, eine Arbeitsgruppe „Friesische Angelegenheiten" zusammen, die organisatorisch als Arbeitsgruppe des Arbeitskreises „Kultur" der Kreistagsfraktion eingebunden wurde. In vielen Besuchen bei

[5] Vgl. Wilfried Lagler, „Die Minderheitenpolitik der schleswig-holsteinischen Landesregierung während des Kabinetts v. Hassel (1954–1963)". Neumünster 1982. S. 115 f. Laglers Auffassungen in der Friesenfrage können hier nicht diskutiert werden; vgl. hierzu u. a. seinen Aufsatz „Zwischen Kieler und Bonner Erklärung. Zur Stellung der Nordfriesen im schleswig-holsteinischen Minderheitenrecht". In: „Nordfriesisches Jahrbuch", N. F., Bd. 18/19 (1982/83), S. 47 ff., sowie die anschließende Auseinandersetzung mit Dirk Willkommen in „Nordfriesisches Jahrbuch", N. F., Bd. 21 (1985), S. 273 ff.

[6] Vgl. Thomas Steensen, „Volksgruppen und Regionalsprachen aus europäischer Sicht". In: „Nordfriesland" 63/64 – 16. Band / 3. und 4. Heft (November 1982). S. 111 ff. Mit dem Wortlaut der beiden Entschließungen.

[7] Vgl. hierzu Steensen, a. a. O. Anm. 3.

[8] Zum folgenden vgl. die Dokumentation „Sozialdemokraten in den Frieslanden". Bericht und Memorandum betr.: „Friesische Angelegenheiten" an den Kreisvorstand der SPD Nordfriesland vorgelegt von Heinz-Georg Boysen, Gisela Christian, Reimer Kay Holander und Hanns-Joachim Kuchenbecker. Bredstedt und Garding 1982.



nordfriesischen Verbänden und Institutionen, in Gesprächen sowie durch Informationsbesuche in Ost- und Westfriesland und auf Helgoland hat sich die Arbeitsgruppe mit der nordfriesischen und interfriesischen Problematik vertraut gemacht und in dieser Hinsicht die politische Arbeit der Kreistagsfraktion bis 1983 gefördert.

Auf dem Landesparteitag 1981 in Flensburg hatte die schleswig-holsteinische SPD ihre grundsätzliche Haltung zum deutsch-dänischen Verhältnis und zur Minderheitenpolitik im Grenzland Schleswig in der „Flensburger Erklärung" vom 26. September 1981 bekräftigt. Da es sich als unzweckmäßig erwiesen hatte, auch die Nordfriesen in dieser Erklärung zu berücksichtigen, kam die Arbeitsgruppe „Friesische Angelegenheiten" überein, daß seitens der nordfriesischen Sozialdemokraten eine eigene, in der Tendenz ähnliche Erklärung in Bezug auf die friesische Bevölkerungsgruppe in Nordfriesland abgegeben werden sollte. Ein Entwurf des Verfassers wurde in der Arbeitsgruppe und mit Mitgliedern der Kreistagsfraktion diskutiert und in die endgültige Fassung gebracht, um auf einem demnächst stattfindenden Kreisparteitag vorgelegt zu werden.

Auf dem Außerordentlichen Parteitag des SPD-Kreisverbandes Nordfriesland am 24. Januar 1982 in Niebüll hat der Vorsitzende der Kreistagsfraktion, Hanns-Joachim Kuchenbecker, Bredstedt, die „Erklärung" erläutert und zur Annahme empfohlen.

Die „Niebüller Erklärung"

In seinem Referat wies Kuchenbecker darauf hin, daß im Kreis Nordfriesland drei Kulturen, drei Sprachen, drei Völker neben- und miteinander lebten: Deutsche, Dänen und Friesen. Mit dieser Vielfalt sei dem Land ein großer Reichtum gegeben, die Vielfalt müsse allerdings auch gepflegt werden. Er erinnerte daran, daß die Friesen die einzige Bevölkerungsgruppe in der Bundesrepublik mit einer nichtdeutschen Muttersprache seien, einer Sprache, die auch nicht als Nationalsprache in einem Nachbarstaat gesprochen werde, an dem sie eine Stütze haben könnte. Daraus erwachse dem Land Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik eine besondere Verpflichtung. Zwei Erkenntnisse, die aus der Tätigkeit der Arbeitsgruppe „Friesische Angelegenheiten" erwachsen seien, müßten künftig sozialdemokratische Politik in Nordfriesland mitbestimmen:

1. Die Probleme der Friesen in Nordfriesland berühren nicht nur Fragen speziell der Kulturpolitik, sondern sie gehören in einen gesamtpolitischen Rahmen.
2. Der seit Jahrzehnten andauernde nationalpolitische Zwiespalt, der die Friesen in ein deutsches und ein dänisches Lager zu zwingen scheint, gefährdet nicht nur die Zukunft der Friesen selber, sondern er ist eine politische Gefahr für die gesamte Gesellschaft.

Die vom Parteitag mit großer Mehrheit angenommene Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die SPD Nordfriesland

- *in Kenntnis des seit sechs Jahrzehnten bestehenden Zwiespalts zwischen den verschiedenen friesischen Gruppen in Nordfriesland*
- *in dem Wunsch, zur Überwindung dieses Zwiespalts im Interesse aller Nordfriesen beizutragen*
- *und unter Berufung auf die Gemeinschaftscharta der Regionalsprachen und -kulturen und der Charta der Rechte der ethnischen Minderheiten des Europäischen Parlaments vom 16. Oktober 1981*

erklärt ihre Auffassung von der Stellung der Friesen in Nordfriesland in der folgenden

„Niebüller Erklärung"

1. *Die Friesen im Kreis Nordfriesland und auf Helgoland sind eine durch eigene Herkunft, Sprache, Geschichte und Kultur gekennzeichnete Bevölkerungsgruppe im Lande Schleswig-Holstein. Mit den Ostfriesen im Lande Niedersachsen und mit den Friesen in den Niederlanden sind sie durch historische und aktuelle Beziehungen verbunden.*
2. *Wir stellen fest, daß das Bekenntnis als Friese frei und durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geschützt ist. Es muß nicht nachgewiesen, und es darf nicht überprüft werden. Dabei ist ohne Bedeutung, auf Grund welcher der oben genannten Faktoren der Einzelne seine Identität als*

Huaram ei?

Wan'm üüb raisen as, maaget'm a uugen widj eeben: Ham wal hal wat se - an uk wat liar faan öler mensken an lunen. Ik san föör en skküür turag ens weler uun Waastfresklun weesen - mä eeben uugen, so maad ik dach hööbe. Ham witj leewen geliks, wan'm uunkimen as bi üsens waastfresk frinjer: Aueraal bi a taarpen an steeden kön'm üüb a skäälten a nöömer uun tau spriiken lees - üüb fresk an üüb holuns.

Wat'm uun Waastfresklun belewet, kön'm aueraal uun Europa se: Huar tau spriiken snaaket wurd, san a skäälten faan taarpen an steeden uk uun tau spriiken skrewen. An hü as det bi üs? Enkelt taarpen haa struatennöömer üüb fresk. Det as gud so - an det küd rauelk noch muar wurd. Man a skäälten san bluat üüb tjiisk skrewen. Diar stäänt "Utersum" an ei "Ödersem", "Süderende" an ei "Söleraanj". Huaram skul wi det ei anre? Wan wi wat du wel för üsens fresk spriik, do skel wi uk diarför surge, det arkeneen se kön: Uun Nuurdfresklun wurd tau spriiken snaaket - fresk an tjiisk.

Wan'm troch Europa raiset, markt'm, det bi üs noch wat waant. Wi skul altumaal mä eeben uugen raise an wat liar - an do, wan wi tüskem, uk ens wat anre. Huaram ei?

Jakob Tholund

„Wenn man durch Europa reist, merkt man, daß bei uns noch etwas fehlt. Wir sollten alle mit offenen Augen reisen und etwas lernen – und dann, wenn wir nach Hause kommen, auch einmal etwas ändern. Warum nicht?"

Huaram ei? Warum nicht? – So fragt Jakob Tholund, Oberstudiendirektor am Gymnasium in Wyk auf Föhr, in seinem Artikel in den Husumer Nachrichten (Nordfriesische Nachrichten) vom 20. Januar 1988. Zurückgekehrt von einer Reise nach Westfriesland erinnert er seine nordfriesischen Landsleute daran, daß bei unseren westfriesischen Freunden alle Ortsschilder zweisprachig sind – friesisch und holländisch.

Was man in Westfriesland erlebt, schreibt er weiter, kann man überall in Europa sehen: Wo zwei Sprachen gesprochen werden, sind auch die Ortsschilder am Eingang der Dörfer und Städte in zwei Sprachen beschriftet. Und wie sieht es bei uns aus? Einige Dörfer haben friesische Straßennamen – und das können ruhig noch mehr werden. Aber die Ortsschilder sind nur

Friese begründet und wie er sich parteipolitisch und vereinsmäßig bindet.

3. *Wir erkennen an, daß die Friesen als Gruppe ein Lebensrecht im Rahmen der Gesamtgesellschaft haben. Wo diese Gruppe in ihrer Identität bedroht ist, verdient sie den Schutz der gesamten Gesellschaft durch ideelle und materielle Förderung ihrer kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Belange."*

Die Reaktion der Nordfriesen auf die „Niebüller Erklärung" war unterschiedlich, wie es angesichts der differierenden Auffassungen und Interessen nicht anders sein konnte. Solche Organisationen und Personen, die auf eine Überwindung der innerfriesischen Differenzen eingestellt sind, haben die Erklärung durchweg begrüßt, so die leitenden Gremien des Vereins Nordfriesisches Institut wie auch der Vorsitzende der Sektion Nordfriesland des Friesenrates. Dieser wies bezugnehmend auf den dritten Satz der Erklärung darauf hin, daß die Nordfriesen den Schutz der gesamten Gesellschaft nicht nur *„verdienen"*, sondern, ganz im Sinne der Charta der Rechte der ethnischen Minderheiten des Europäischen Parlaments, einen *Anspruch* darauf haben. Auch in Westfriesland wurde die Erklärung

aufmerksam registriert und als ein *„politischer Durchbruch für die Nordfriesen"* gewertet.

Bei den nordfriesischen Vereinen, sowohl bei den nationalen Friesen, als auch im Nordfriesischen Verein für Heimatkunde und Heimatliebe, wurde die Erklärung eher zurückhaltend, wenn auch nicht unbedingt ablehnend aufgenommen. Neben dem auch öffentlich geäußerten Verdacht, daß es sich dabei nur um ein wahltaktisches Manöver der SPD handele, kam hier eine Verunsicherung zum Ausdruck, daß die bisher vertretenen und jeweils im eigenen Kreis zumindest mehrheitlich nicht infragegestellten Positionen doch diskussionswürdig werden könnten.

Schlußbetrachtung

Die „Niebüller Erklärung" von 1982 und die „Flensburger Erklärung" von 1981 wie schon zuvor die „Kieler Erklärung" von 1949 können als Indiz gewertet werden, daß die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen haben, sich mit den nationalpolitischen Gegebenheiten des schleswigschen Grenzlandes auseinanderzusetzen. Daß dieser Prozeß ein langsamer ist, darf angesichts der traditionellen Haltung der deutschen Sozialdemokraten zu Fragen nationaler Minderheiten, wie sie eingangs skizziert wurde, nicht überraschen. Andererseits kann kein Zweifel sein, daß die veränderte Haltung sich auf wesentliche, seit jeher von Sozialdemokraten vertretene Positionen stützt: auf den Kampf für die allgemeinen Menschenrechte, auf das Eintreten insbesondere für schwache und unterdrückte Gruppen, nicht zuletzt auch auf einen Internationalismus, der die Rechtsgleichheit aller Völker stillschweigend oder ausdrücklich voraussetzt.

Neu ist jedoch eine beginnende kritische Überprüfung des Nationenbegriffes, die im konkreten Fall einen – ohnehin immer nur fiktiven – deutschen Nationalstaat einmal infrage stellen kann, generell aber zu der Erkenntnis führen sollte, daß Staat und Volk nicht unbedingt deckungsgleiche Größen sein müssen, ja in der Regel auch gar nicht sind. Die Anerkennung dieses Sachverhaltes wird dann auch die Schaffung angemessener staatsrechtlicher Normen zur Folge haben, die das Zusammenleben verschiedener Völker in einem Staatsverband unter Anerkennung der Rechte aller ermöglichen. Die „Niebüller Erklärung" der nordfriesischen Sozialdemokraten war ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

deutsch. Warum sollen wir das nicht ändern? Wenn wir etwas für unsere friesische Sprache tun wollen, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß jeder sehen kann: In Nordfriesland werden zwei Sprachen gesprochen – Friesisch und Deutsch.

Jakob Tholunds Artikel ist in „Fering", dem Föhringer Dialekt des Nordfriesischen geschrieben. Die nordfriesischen Dialekte bilden zusammen mit dem ostfriesischen Dialekt des Saterlandes in Oldenburg sowie dem Westfriesischen in den Niederlanden den friesischen Teil des anglo-friesischen Zweiges der westgermanischen Sprachen. Während das Westfriesische eine voll entwickelte Kultursprache ist, sind die nordfriesischen Dialekte und das Saterfriesische Umgangssprachen mit wenig entwickelter Schriftkultur. Nordfriesisch wird heute in sechs Dialekten auf Sylt, Föhr, Amrum und Helgoland sowie auf dem nordfriesischen Festland nördlich von Bredstedt von etwa 10 000 Menschen gebraucht und von einer größeren Zahl verstanden. Eine die Dialekte übergreifende nordfriesische Hochsprache gibt es nicht. Mehrere Organisationen und Institutionen arbeiten in Nordfriesland dafür, mit der eigenen Sprache auch die ethnische Eigenart der Nordfriesen zu erhalten und zu stärken. In den Schulen des friesischen Sprachgebietes wird friesischer Unterricht erteilt.